

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

25.Mai: 2026: 4 Jahre Haft für Handyvideos über den Genozid in Gaza - Die Kriminalisierung palästinensischen Widerstands durch Melonis Sicherheitspaket

„Mein Name ist Ahmad Salem, ich wurde am 8. April 2001 im Libanon geboren. Ich bin Palästinenser. Ich bin nach Europa gekommen, weil ich meiner Familie helfen muss. Ich bin kein Terrorist. Ich habe 73 Angehörige meiner Familie in Gaza verloren, sie liegen jetzt alle unter den Trümmern.“

Mit diesen [Worten](#) beginnt Ahmad Salem seine Aussage im Gerichtssaal der molisanischen Hauptstadt Campobasso am 14. April - dem letzten Tag eines sechstägigen Prozesses. Kurz darauf wird er von neun Carabinieri aus dem Gerichtssaal eskortiert. Das Urteil: vier Jahre Haft wegen vermeintlicher Selbstausbildung zu terroristischen Zwecken. Der Beweis: der Besitz sowie das Teilen von Bildern und Videos über den Völkermord in Gaza.

[Ahmad wurde in al-Baddawi geboren](#), einem der zwölf palästinensischen Flüchtlingslager im Norden des Libanon und verließ das Land, um in Europa internationalen Schutz zu beantragen. Als er im vergangenen Mai seinen Asylantrag im Polizeiquartier Campobasso stellte, wurde der damals 24-jährige in Untersuchungshaft genommen und in den Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses von Rossano-Corigliano überstellt - auch bekannt als das „[Guantanamo Italiens](#)“.

Da Ahmad seine Ausweisdokumente auf der Flucht verloren hatte, zeigte er den Beamten stattdessen Fotos der Dokumente auf seinem Handy. Diese entschied daraufhin den gesamten Speicher seines Geräts zu durchsuchen und fanden dabei Bilder und Videos zum Konflikt in Palästina, von Angriffen des bewaffneten Widerstands auf israelische Militärfahrzeuge sowie zum Völkermord in Gaza.

Der bloße Besitz dieser Bilder sowie das Teilens eines [TikTok Videos](#), in dem Ahmad das Schweigen arabischer, islamischer sowie europäischer Staaten angesichts des andauernden Völkermords in Gaza verurteilte und zur Mobilisierung gegen den Genozid aufrief, reichten aus Sicht der italienischen Justiz aus, um ihn in gleich [zwei Anklagepunkten](#) schuldig zu sprechen:

1. Der Anstiftung zu einer Straftat gemäß [§ 414 CPI](#) sowie
2. Der Selbstausbildung zu terroristischen Zwecken gemäß [§ 270d CPI](#).

Der [Straftatbestand](#) des Besitzes terroristischen Materials wurde erst im April 2025 durch das [Gesetz 80/2025](#) im Rahmen des ersten „[Sicherheitspakets](#)“ der Regierung Meloni eingeführt und hatte zu breiter Kritik geführt. So ist es seither weder erforderlich, die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nachzuweisen, noch konkrete Ausbildungsversuche unternommen zu haben. Stattdessen reicht der bloße Besitz von Materialien, welche für terroristische Handlungen genutzt werden könnten, aus, um unter den Tatbestand zu fallen.

Die Videos auf Ahmads Handy waren jedoch keine Anleitungen zur Herstellung von Bomben. Vielmehr handelte es sich um Darstellungen des andauernden Konflikts im Gazastreifen, welche im Zuge der Berichterstattung zum Genozid in Gaza bereits umfassend in internationalen Medien verbreitet worden waren.

Dass dieselben Videos, welche auch von großen italienische Medien wie *La Repubblica*, *La Stampa* oder *Railnews* veröffentlicht wurden, im Falle Ahmads als Beleg für potenziell terroristische Handlungen herangezogen werden, stellt laut seinem Rechtsanwalt Rossi Albertini nichts weniger als „*das Ergebnis ethnischer Vorurteile*“ sowie den Ausdruck einer „*feindseligen und islamfeindlichen Haltung*“ seitens des Gerichts dar. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung kündigte die Verteidigung an, Berufung einzulegen.

Ahmads Fall ist das erste bekannte Verfahren, in dem der Art. 270d Anwendung fand. Das Urteil schafft damit einen gefährlichen Präzedenzfall für die Kriminalisierung politischer Solidarität in Italien und fügt sich zugleich in eine breitere strukturelle Entwicklung ein, welche zunehmend in ganz Europa zu beobachten ist. Es genügt an die Fälle von [Mohammad Hannoun](#), [Mohamed Shanin](#) oder [Anan Yaeesh](#) zu denken, um das darunterliegende Muster zu erkennen: Palästinenser*innen und pro-palästinensische Aktivist*innen sehen sich allein aufgrund ihrer Meinungsäußerung, ihrer Vereinigung oder des Besitzes politischer Inhalte verstärkt Überwachung, Razzien sowie Strafverfolgung ausgesetzt.

„*Wäre dieselbe Argumentation auf einen ukrainischen Staatsbürger angewendet worden, käme niemand auf die Idee, ihn wegen des Besitzes von Kriegsbildern zu verurteilen*“ - so [Albertini](#). Verteidigung und Opposition sind sich einig: Salem Ahmads einzige ‚Schuld‘ ist, dass er Palästinenser ist.